

Sonderausgabe 01|22

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



KRIEG IN EUROPA! WAS TREIBT PUTIN? HISTORISCH-POLITISCHE HINTERGRÜNDE DES RUSSISCHEN ÜBERFALLS AUF DIE UKRAINE

von Klaus Gestwa

In der Nacht zum 24. Februar 2022 begann vor den Augen der Weltöffentlichkeit während einer UN-Sicherheitsratssitzung Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser Artikel gibt einen Überblick über die historisch-politischen Hintergründe und Entwicklungen dieses Konflikts.

Russland beherrscht seit einiger Zeit die politischen Schlagzeilen, weil sich Präsident Wladimir Putin sowohl innen- als auch außenpolitisch auf dem Kriegspfad befindet. Im Rahmen des größten Truppenaufmarsches seit 1945 hatte die russische Armee zu Jahresbeginn 2022 knapp 150.000 Soldaten und hochmoderne Militärtechnik an seiner Grenze zur Ukraine sowie in Belarus in Stellung gebracht. Europa blickt an seiner östlichen Flanke in den Abgrund eines neuen, brandgefährlichen Kriegs, der die Sicherheit ganz Europas gefährdet. Wie konnte es so weit kommen?

Kalter Bürgerkrieg

Sein eigenes Land hat Putin schon seit längerem mit einem kalten Bürgerkrieg überzogen. Der Oppositionelle Alexej Nawalnyj überlebte im August 2020 einen perfiden Giftanschlag denkbar knapp, um dann seit dem Januar 2021 in russischen Straflagern zu verschwinden. Zuvor hatte er in einem Enthüllungsvideo Putins pompöses Märchenschloss an der Schwarzmeerküste entzaubert und mit Hilfe seiner Anti-Korruption-Stiftung die kleptokratischen Strukturen des Putinismus aufgedeckt. Als ihm ein Moskauer Gericht den politischen Prozess machte, titulierte Nawalnyj den russischen Präsidenten mutig und frech als verängstigten „Opa im Bunker“. In den letzten Wochen ist der abgemagerte und kurzgeschorene Oppositionelle erneut wegen angeblicher Unterschlagung



Alexej Nawalnyj
am 15. Februar
2022 im Straf-
lager erneut vor
Gericht
© picture
alliance/dpa/
Sputnik/Foto:
Ilya Pitalev

von Spendengeldern und Beleidigung vor Gericht gestellt worden, um ihn für weitere Jahre hinter Gittern wegzusperren.

Zuletzt hatte der mächtige Sicherheitsapparat des Kremls auch Russlands bekannteste zivilgesellschaftliche Organisation MEMORIAL in den Würgegriff genommen und erwirkte gegen deren beiden Moskauer institutionellen Säulen am 23. Dezember 2021 ein Verbot. Schon seit Jahren brandmarken die vom Kreml kontrollierten Medien oppositionelle Kräfte sowie kritische Freigeister als „russophobe Landesverräter“ und „ausländische Agenten“. In Putins Staatsverständnis ist nicht vorgesehen, dass eine mündige Zivilgesellschaft als eigenständiger politischer Akteur Einfluss auf die Entwicklung des Landes nimmt. Dass die Kremlpartei „Geeintes Russland“ heißt, ist darum sowohl als Programm als auch als Drohung zu verstehen.

Mit der bevorstehenden Dekarbonisierung der führenden Volkswirtschaften werden fossile Brennstoffe über kurz oder lang an Bedeutung verlieren. Das bedroht die auf Gas- und Ölexporten beruhende Geschäftsbasis des mit dem Kreml eng verbundenen oligarchischen Staatskapitalismus. Die russische Machtelite drängt deshalb darauf, die politische Halbwertszeit des veralteten Wirtschaftsmodells zu verlängern, statt die ökologische und technologische Modernisierung endlich anzugehen. Immer mehr befürchten darum, dass Russland wegen dieser perspektivlosen Politik des „Sich-Durchwurstelns“, die nur dem Machterhalt des „Putin-Syndikat“ (Margareta Mommsen) dient, seine Zukunftschancen verspielt. Was die Polittechnokrat*innen des Kremls lange Zeit als Stabilität verkauften, stellt sich immer mehr als lähmende Stagnation heraus.

Die Corona-Krise hat in Russland in aller Klarheit sowohl die eklatanten Defizite des Gesundheitswesens als auch die wachsenden sozioökonomischen Probleme aufgedeckt. Prognosen gehen für die nächsten Jahre nur von einem zögerlichen und schwachen Aufwärtstrend aus. Zudem schlägt sich das in Russland allseits wachsende Misstrauen in Politik, Wissenschaft und Medizin in einer sehr niedrigen Impfquote nieder. Fast jede zweite Person ist in Russland noch ungeimpft. Längst verpufft ist der anfängliche Propagandaaufschlag um den weltweit ersten Impfstoff gegen Covid-19, der mit Bezug auf gern erinnerte kosmische Großtaten den symbolträchtigen Namen „Sputnik V“ erhielt.

Mit der im Sommer 2020 durch ein Referendum bestätigten Verfassungsänderung hat sich Putin

seine Amtszeit als Präsident weiter verlängert lassen. Allerdings sind seine Zustimmungswerte in letzter Zeit merklich gefallen. Das stellt für ein autoritäres Staatswesen eine veritable Bedrohung dar, in dem der politische Führer und das gesamte Land vermeintlich eine harmonische Einheit bilden.

Feldherr statt Modernisierer: Putin auf historischer Mission

Als Putin 2012 im Rahmen einer Ämterrochade mit Dmitrij Medwedew – begleitet von Massenprotesten – wieder in den Kreml eingezogen war, entschied er, sich fortan nicht als Modernisierer, sondern als Feldherr in Szene zu setzen. Im März 2014 kam es mit Annexion der Krim, einen Monat später mit der Aggression in der Ostukraine und im Spätsommer 2015 mit der Intervention in den syrischen Bürgerkrieg zu einer Zeitenwende. Mit diesen militärischen Offensiven ging Putin politische Abenteuer ein, traf aber besonders mit der „Heimholung der Krim“ einen wunden Nerv in der von neoimperialen Phantomschmerzen geplagten russischen Gesellschaft. Die Moskauer Propaganda zeichnete mit triumphalem Pathos das Bild eines vermeintlich jahrelang gedemütigten Russlands, das sich unter Putin entschlossener Führung endlich von seinen Knien erhoben habe, um dem Westen die Stirn zu bieten. Das ließ Putins zuvor fallende Popularitätswerte wieder in die Höhe schießen. 2014 machte der Kreml die Erfahrung, dass sich mit der Machtdemonstration auf der internationalen Bühne von der politischen Repression und der ökonomischen Stagnation im Inneren ablenken lässt.

Seit 2012 ist es zugleich zu einer verstärkten Ideologisierung der Kremlpolitik gekommen. Der bald 70 Jahre alte russische Präsident scheint zunehmend von der Überzeugung getrieben, eine historische Mission erfüllen zu müssen, um damit in die Geschichtsbücher einzugehen. Er folgt dem vom starken Geheimdienstflügel der russischen Elite betonten Credo, dass Russland entweder als respektierte oder gefürchtete Großmacht existiert oder gar nicht. Beeinflusst vom überkommenen geostrategischen Denken in Einflusszonen, gilt die Moskauer Hegemonie im postsowjetischen Raum dafür als zentrale Voraussetzung. Aus diesem neoimperialen Begehren heraus ist die aktuelle russische Offensive gegen die Ukraine entstanden, die seit dem „Euro-Majdan“ 2013/14 zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts geworden ist.

Hybride Kriegsführung als letztes Mittel der Moskauer Ukraine-Politik

Nachdem die russische Politik lange Zeit den Verhandlungen zwischen der Ukraine und der EU keine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, drängte der Kreml schließlich mit Zollblockaden und günstigen Gaspreisen den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch dazu, im November 2013 seine Unterschrift unter das schon aufgesetzte EU-Assoziierungsabkommen auszusetzen. Putin hoffte, die Ukraine für sein damaliges Lieblingsprojekt der „Eurasischen Wirtschaftsunion“ zu gewinnen, die aber ohne größere politische und ökonomische Anziehungskraft wie ein international isolierter Klub autoritärer Herrscher wirkte.

In der Ukraine gab es eine Mehrheit für den baldigen EU-Beitritt des Landes. Vom Kreml auf ihrem Weg nach Europa gestört, schien die Ukraine plötzlich zu sich selbst zu finden. Empörte Studierende, die sich um ihre Zukunft gebracht sahen, initiierten einen „Aufstand der Würde“ gegen den korrupten und autoritär regierenden Präsidenten

Janukowitsch. Diese Proteste weiteten sich bald zur größten demokratischen Massenbewegung in Europa seit dem Ende des Kalten Kriegs aus. Sie fand ihren symbolträchtigen Ort auf dem zentralen Majdan-Platz in Kiew.

Nachdem dort Scharfschützen einer Spezialeinheit 100 Menschen erschossen hatten, verlor Janukowitsch Ende Februar 2015 die Unterstützung seiner Partei und des staatlichen Sicherheitsapparats. Überstürzt floh er nach Russland. Der Kreml stand damit plötzlich vor den Trümmern seiner Ukraine-Politik und befürchtete, die ukrainische „Farbrevolution“ könne auf Russland überspringen. Als letztes Mittel seiner Politik griff Putin zu einer hybriden Kriegsführung, um den ukrainischen Nachbarstaat zu destabilisieren und so den verlorengegangenen Moskauer Einfluss mit aller Macht wiederherzustellen.



Pro-Russische Feiern anlässlich der Anerkennung der sogenannten „Volksrepubliken“ Luhansk und Donetsk durch Putin am 21. Februar 2022
© picture alliance/dpa/Sputnik

Nach der geheimdienstlich minutiös vorbereiteten Krim-Annexion im März 2014 begannen wenige Wochen später russische Spezialkräfte, in der Ostukraine einen prorussischen Separatismus zu organisieren. Sie machten sich zunutze, dass sich viele Menschen in dieser stark montan-industriell geprägten Region von Kiew in Stich gelassen fühlten. Bald entflammte dort ein Bürgerkrieg, der von russischer Seite mit Waffen und Kämpfern immer wieder angefacht wurde. In diesen Wirren kam es im Juli 2014 zum versehentlichen Abschuss des Passagierflugzeugs MH 17, bei dem 300 Menschen den Tod fanden. Die Untersuchungsberichte internationaler Fachleute legten dar, dass höchstwahrscheinlich prorussische Separatisten die todbringende Rakete aus einem aus Russland herbeigebrachten Flugabwehrsystem abgeschossen hatten.

Dank der Vermittlung Berlins und Paris konnte die weitere Eskalation der Kriegshandlungen im Verlauf des Jahres 2015 mit dem zweiten Minsker Abkommen verhindert werden. Allerdings hat das die Waffen in der umkämpften ostukrainischen Region nicht zum Schweigen bringen können. Seit acht Jahren herrscht dort ein blutiger Kleinkrieg. Er hat schon insgesamt 14.000 Menschen das Leben gekostet, weil sich weder Russland noch die Ukraine an die Bestimmungen des Minsker Abkommens hielten. Mehr als 1,5 Mio. Menschen haben sich der drohenden Kriegsgewalt und dem stillen Leid durch Flucht entzogen.

Die beiden in der Ostukraine von separatistischen Kräften selbstproklamierten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ stellen fragile pseudostaatliche Gebilde dar, in denen zweifelhafte Gestalten den dort lebenden Menschen ein von Korruption, Misswirtschaft und Armut geprägtes Regime aufgezwungen haben. Für die militärische Unterstützung und den Unterhalt der abtrünnigen Volksrepubliken muss Moskau zwar große Summen aufbringen, sichert sich aber dadurch die Möglichkeit, jederzeit Druck auf die Ukraine auszuüben. Nur zu gern bemühte die russische Propaganda bei ihren verunglimpfenden Medienkampagnen die bedrohliche Erzählung, Russland müsse die russische Minderheit in der Ukraine vor einem drohenden „Völkermord“ durch „wahnsinnige ukrainische Faschisten“ schützen. Noch in den jüngsten Auftritten hat Putin diesen Vorwurf mehrfach wiederholt und damit international nur ungläubiges Staunen ausgelöst.

Weil viele in den beiden Volksrepubliken mittlerweile einen russischen Pass haben, kann der Kreml

den „Schutz seiner Staatsbürger“ leicht als Vorwand nutzen, um den Krieg gegen die Ukraine zu entfachen. Nach den Erfahrungen während der Krim-Annexion, als die russische Seite ihr völkerrechtswidriges Vorgehen hinter einer Nebelwand von gezielten Desinformationen verbarg, hat die US-Regierung zurecht davor gewarnt, dass Moskau erneut dramatische Vorfälle inszenieren oder medial konstruieren könnte, um einen Grund zum Zuschlagen vorschieben zu können. Dieser medienpolitische Vorstoß Washington dient dazu, dem Kreml das Überraschungsmoment vorzuenthalten und ihm so den Vorteil im Informationskrieg zu nehmen. Seit Wochen thematisieren die russischen Medien mit großer Emotionalität angebliche ukrainische Gräueltaten. Sie verdrehen die reale Kriegsgefahr, indem sie Kiew einen bevorstehenden Einmarsch in die ostukrainischen Volksrepubliken unterstellen und damit den propagandistischen Rahmen für russische „Schutz- und Friedensmissionen“ schaffen.

Der Streitfall NATO-Osterweiterung als Rechtfertigungsnarrativ

Um mit seiner hybriden Kriegsführung in der Ukraine nicht als Aggressor am Pranger zu stehen, brauchte der Kreml ein Rechtfertigungsnarrativ. Er griff das alte Streitthema der NATO-Osterweiterung nach 1997 auf, durch die Russland seine Sicherheitsinteressen bedroht sieht. Zur Verhinderung einer weiteren Expansion des westlichen Verteidigungsbündnisses sei die Krim-Annexion ein Akt politischer Notwehr gewesen. Diese Sichtweise, die auch die westliche Berichterstattung beeinflusst, lenkt allerdings von der zentralen Frage ab, warum es Russland trotz enger ökonomisch-kultureller Verflechtungen nach 1992 nicht gelungen ist, zu seinen Nachbarstaaten verlässliche Beziehungen aufzubauen und damit seinen Beitrag zum Entstehen einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur zu leisten. Die südost- und ostmitteleuropäischen Staaten zeigten sich wegen der schon während der 1990er Jahre in der russischen Politik an Lautstärke gewinnenden nationalistisch-neoimperialen Stimmen verunsichert und fürchteten deshalb um ihre gerade wiedererlangte staatliche Souveränität. Russland erschien als ökonomisch wenig attraktiver sowie potenziell revanchistischer Nachbar. Die NATO-Mitgliedschaft hingegen bot Gewähr gegen ein erneutes Moskauer Machtbegehren und für

das bessere Gelingen der demokratisch-marktwirtschaftlichen Transformation.

Während die NATO und ihre neuen Bündnispartner von einer defensiven Eindämmung möglicher Moskauer Aggressionen sprachen, sah oder gab sich der Kreml als Opfer einer offensiven Einkreisungspolitik der NATO. In diesem Zusammenhang verweist die russische Seite gern darauf, dass im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen um die deutsche Wiedervereinigung 1990 westliche Staatsmänner in Gespräche und Interviews die mündliche Zusage gemacht hätten, dass sich die NATO über die Oder hinaus keinen Deut in Richtung Osteuropa ausdehnen würde. Diese Zusage war allerdings schon damals politisch umstritten und fand darum keinen Eingang in die unterzeichneten Vertragstexte. Zudem sicherte Russland später in wichtigen völkerrechtlich bindenden Abkommen seinen Nachbarstaaten die volle staatliche Souveränität und damit auch die freie Bündniswahl zu. Der Vorwurf, vom Westen betrogen worden zu sein, erweist sich damit als wenig zutreffend.

Die politisch Verantwortlichen wussten, dass die NATO-Osterweiterung brisanten Konfliktstoff für strategische Missverständnis schuf. Um diesen zu entschärfen, schrieb die NATO-Russland-Grundakte eine privilegierte Partnerschaft fest, die sich 2002 im NATO-Russland-Rat institutionalisierte. Dabei sagte das westliche Verteidigungsbündnis zu, weder Nuklearwaffen noch substanzielle Kampftruppen in seinen neuen Mitgliedsstaaten zu stationieren. Es kam damit zu einer rein politischen Osterweiterung. Militärstrategisch blieb der Sicherheitspuffer zwischen der NATO und Russland bestehen. Zwar entstanden 2011 im Rahmen des Aufbaus des umstrittenen US-Raketenabwehrschirms militärische Einrichtungen in Polen und Tschechien. Dabei handelt es sich aber um defensive Waffensysteme, so dass die militärische Hegemonie Russlands im osteuropäischen Raum fortbesteht.

Das von Moskau vermittelte Bild von Russland als einer belagerten Festung überzeichnet das von der erweiterten NATO ausgehende Bedrohungspotenzial. Auch als nach der Krim-Annexion auf ausdrücklichen Wunsch der baltischen Staaten und Polens die westlichen NATO-Länder insgesamt 8.000 Soldaten in den russischen Nachbarländern stationierten, erwies sich das vor allem als Solidaritätsbekundung und als ein Akt symbolischer Politik, ohne etwas Grundsätzliches am militärischen Ungleichgewicht zu verändern. Gleiches gilt für die nach 2014 intensivierte Unterstützung der ukrainischen Armee. Die Eskalationsdominanz

liegt weiter ganz auf der Seite Russland und wurde bei der jüngsten internationalen Krisensituation bedenkenlos ausgespielt. In den letzten Wochen erhöhte das westliche Verteidigungsbündnis seine Militärpräsenz im östlichen Europa auf insgesamt 17.000 Soldaten, machte aber klar, dass diese in mögliche Kampfhandlungen in der Ukraine nicht eingreifen würden. Wenn Russland darum von „provokativen Schritten“ des Westens spricht, so ist dies vor allem eine Propagandafinte, um vom eigenen Konfrontationskurs abzulenken. Es gilt, die tatsächlichen militärischen Relationen im Blick zu behalten, um bei der Bedrohungsanalyse das rechte Augenmaß zu bewahren.

In der Vergangenheit ist es wegen allseitiger Fehler und Missverständnisse nicht gelungen, eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, in die sich Russland fest eingebunden fühlt und damit das neoimperialen Machtbegehren des Kremls eingehegt ist. Dieses lange verdrängte, aber brisante Problem schlägt mit Putins neuer internationalen Offensive nun mit aller Wucht auf die aktuelle internationale Politik durch.

Die Konfrontation zwischen Demokratie und Autoritarismus

Im Jahr 2021 musste der Kreml feststellen, dass er weit davon entfernt war, seine außenpolitischen Ziele zu erreichen. Mit der Krim-Annexion und der Aggression in der Ostukraine hatte er keinen Keil in die westlichen Bündnisse treiben und die Machtbalance in Europa nicht zu seinen Gunsten verändern können. Zugleich hat die Ukraine ihre durch die hybride Kriegsführung Russlands ausgelöste Staatskrise und Zerreißprobe überstanden, auch wenn weiterhin längst nicht alle drängenden politischen Probleme gelöst sind. 2019 fanden in der Ukraine erneut freie und faire Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Dabei kam es zu einem demokratisch geordneten Machtwechsel vom 2014 gewählten „Schokoladenoligarchen“ Petro Poroschenko zum Schauspieler und politischen Newcomer Wolodymyr Selenskyj. Das wurde international mit Respekt und Anerkennung verfolgt. Während die russischen Medien das Zerrbild einer „faschistischen Junta“ zeichnen, die in Kiew die Macht ergriffen habe, entwickelten sich die ukrainischen Parlamentswahlen 2014 und 2019 zu einem Debakel für die Rechtsaußen-Parteien. Heute stammt aus ihren Reihen nur einer der insgesamt 450 Abgeordneten des ukrainischen Parlaments.

Sport als Polit-
show: Putin und
der belarussische
Präsident Alexan-
der Lukaschenko
bei einem Eis-
hockeyspiel im
Dezember 2021
© picture alli-
ance/Associated
Press/Fotograf:
Andrei Stasevich



Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Moskauer Aggressionen zu einem Ansehensverlust des Putin-Regimes in der Ukraine beigetragen haben. Erntzunehmende krefreundliche Stimmen sind kaum mehr in der ukrainischen Politik zu vernehmen. Mit ihrer demokratischen Ordnung stellt die Ukraine eine permanente Bedrohung für den autoritären Putinismus dar. Je stabiler die Ukraine wird, desto mehr muss der Kreml um die Legitimität seiner Politik fürchten. Das Angstgespenst eines Regimewechsels durch eine „Farbrevolution“ spukt durch die Moskauer Korridore der Macht. Deshalb will Russland den Erfolg weiterer gesellschaftlicher Protestbewegungen in seiner Nachbarschaft unbedingt verhindern und leistet Unterstützung, um umstrittene Herrscher wie Lukaschenko in Belarus und Toqajew in Kasachstan an der Macht zu halten. In der Ukraine geht es damit auch um die Konfrontation zwischen Demokratie und Autoritarismus. Deren Ausgang wird weitreichende Folgen für Europa und die Welt haben.

Die Ukraine erneut im Visier des Kremls, Sommer 2021

Im Verlauf des Jahres 2021 schien die Situation günstig, um im Windschatten der alle Regierungen intensiv beschäftigenden Corona-Pandemie mit einer Flucht nach vorn eine radikale Umgestaltung der sicherheitspolitischen Verhältnisse in Europa zu erzwingen. In den USA litt die Biden-Regierung unter dem toxischen Erbe der Trump-Ära. In Deutschland verabschiedete sich Bundeskanzlerin Merkel aus dem Kanzleramt, und die neue Ampelregierung musste erst noch ihren Weg auf das Parkett der internationalen Diplomatie finden. Auch um die Handlungsfähigkeit der EU ist es wegen des internen Streits um Ungarn und Polen nicht gut bestellt. Zudem gibt es in vielen EU-Länder krefreundliche politische Milieus, die sich von Moskau aus durch einen voll entfachten Krieg der Narrative mobilisieren lassen. Auch die NATO wirkte nach dem unglücklichen Abzug aus Afghanistan geschwächt. Der französische Präsident Macron hatte sie zwischenzeitlich sogar schon als „hirntot“ bezeichnet.



Virtuelles Gipfel-
treffen: Putin
und Biden am 7.
Dezember 2021
© picture alli-
ance/ZUMAPRESS.
com/Fotograf:
Mikhail Metzel

Putin, der nicht als derjenige Geschichte schreiben will, der die Ukraine verlor, verschärfte im Juli 2021 den Ton, als er mit seinem Beitrag „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“ der Ukraine als Staat und Nation das Existenzrecht absprach und dreist erklärte, Russen, Ukrainer und Belarussen Teil seien einer „großen russischen Nation, eines dreieinigen Volkes“. Den „Euro-Majdan“ dämonisierte Putin sogar als Höhepunkt eines uralten westlichen Plans, mit einer unter „externer Verwaltung“ stehenden, zu einem Vasallenstaat degradierten Ukraine ein „Anti-Russland“ zu schaffen. Diese bizarre Geschichtsklitterung diente dazu, noch einmal klar zu verdeutlichen, dass der Kreml nur einen ukrainischen Nachbarstaat akzeptieren werde, der bereit sei, sich seinem hegemonialen Willen zu fügen. Die von Putin angeschlagene aggressive Rhetorik leitete eine neue Moskauer Offensive ein. Schon im Sommer 2021 wurden größere russische Truppenverbände an die ukrainische Grenze verlegt, und in der Folge kam es zu verstärkten Cyberangriffen auf die Ukraine.

Moskaus undiplomatische Diplomatie, Dezember 2021

Im Dezember 2021 nahm der Kreml mit seinem massiven Truppenaufmarsch die Ukraine sodann in militärische Geiselhaft und erpresste gleichzeitig die USA und NATO mit Vertragsentwürfen, um dem Westen in Form und Inhalt unannehmbare Sicherheitsgarantien abzurufen. Mit einer Rhetorik des Ultimativen und Maximalen erklärte Putin bei seinem jährlich live im Fernsehen übertragenen „Bürgerdialog“, die USA und NATO müssten dem russischen Forderungskatalog schnell und umfassend nachkommen. Andernfalls werde Moskau „militärtechnische Lösungen“ ergreifen. Diese undiplomatische Diplomatie beschwor mit ihren Drohgebärden eine akute Kriegsgefahr mit unvorhersehbaren Folgen herauf.

Konkret ging bei den russischen Forderungen nicht nur um eine Absage an weitere Expansionen der NATO, sondern auch darum, die nach 1997 erfolgte NATO-Osterweiterung in weiten Teilen wieder rückgängig zu machen. Zudem sollten die USA ihre Atomwaffen aus Europa abziehen (ohne dass Russland seine Nuklearstreitkräfte gleichermaßen abrüsten würde). Unrealistisches Ziel der Moskauer Führung war es, sich selbst ein Vetorecht in allen Fragen der europäischen Sicherheit zu verschaffen und so die NATO-Politik mitzubestimmen. Diese neue „Putin-Doktrin“ sprach sowohl der Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten als auch Finnland und Schweden das Recht auf freie Bündniswahl ab und schränkte damit deren staatliche Souveränität erheblich ein.

Der unannehmbare Forderungskatalog des Kremls entspringt einem überkommenen Weltbild, das davon ausgeht, dass die Großmächte über die Köpfe aller anderen Staaten hinweg die Welt unter sich in Einflusszonen aufteilen. Im Juni 2020 hatte Putin in einem langen historisch-politischen Traktat schon erklärt, die im Februar 1945 in Jalta stattfindende Konferenz der Siegermächte gebe das Beispiel, wie sich die internationale Ordnung des 21. Jahrhunderts gemeinsam gestalten lasse. Damit übertrug der Kremlchef die aus dem Kalten Krieg überlieferte Einleitung der Staatengemeinschaft in Supermächte und Vasallenstaaten. Zugleich ging er geflissentlich darüber hinweg, dass in den ostmitteleuropäischen Staaten die Konferenz von Jalta für den „Verrat der Westmächte“ steht, weil diese als „Preis für den Frieden“ Stalin die Hegemonie über Osteuropa zugestanden hätten.

In ihrem am 26. Januar 2022 Russland übergebenen Antwortschreiben lehnten die USA und die NATO – in diplomatischen Worten verpackt – das in Moskau zuvor formulierte Neuordnungsdiktat Europas ab. Sie zeigten aber Russland mit Gesprächsangeboten für neue Abrüstungsinitiativen, vertrauensbildende Maßnahmen und für die Umsetzung des Minsker Abkommens einen gesichtswahrenden Ausweg aus der zugespitzten Krise auf, um vom explosiven Gegeneinander wieder zu einem verlässlichen Miteinander zu kommen. Zugleich hat der nach anfänglichen Irritationen (gerade auch aus Berlin) schließlich geschlossen auftretende Westen mit einem ökonomischen Abschreckungsszenario den hohen Preis eines russischen Einmarsches in die Ukraine verdeutlicht, um darüber den Kreml wieder in eine Verhandlungslogik einzubinden. Moskau erklärte die westlichen Angebote jedoch für „sekundär“ und bestand

weiter auf seinem Forderungskatalog mit den unannehmbaren Sicherheitsgarantien. Gleichzeitig entpuppten sich die von den russischen Medien verbreiteten Meldungen über den Abzug russischer Truppen als plumpe Täuschung. Die Militärverbände waren an verschiedenen Abschnitten vielmehr in Angriffsstellungen vorgerückt.

Putins Geschichtsstunde am 21. Februar 2022: Das Drehbuch der Eskalation

Nach zwei Wochen hochintensiver Krisendiplomatie brüskierte Putin seine Gesprächspartner dann mit einer am 21. Februar 2022 live im russischen Fernsehen übertragenen einstündigen Geschichtsstunde, bei der die politische Bombe platzen ließ. Mit seinen Ausführungen unterstrich Putin, dass er offensichtlich nicht bereit ist, sich mit der nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums in Osteuropa entstandenen neuen politischen Landschaft abzufinden und von seinem Traumziel Abstand zu nehmen, das untergegangene Sowjetimperium im russischen Gewand auf irgendeine Weise wiederauferstehen zu lassen. Gerade die umkämpfte Ukraine betrachtet der Kremlchef weiterhin als Kernstück des russischen Einfluss- und Integrationsraumes. Der Ukraine sprach er darum erneut jegliche Eigenständigkeit ab und bezeichnete sie als bloßen Vasallenstaat der USA, der in Kiew von einer „Marionettenregierung“ regiert werde. Zudem erhob Putin erneut völlig unhaltbare Vorwürfe, um die Ukraine in Verdrehung der politisch-militärischen Tatsachen als Bedrohung für den Frieden in Europa darzustellen. Auf ukrainischen Boden geschehe angeblich ein „Genozid“ an der russischen Bevölkerung. Der Kremlchef äußerte sogar den haarsträubenden Verdacht, die Ukraine arbeite an Nuklearwaffen. Zudem unterstellte er der Kiewer Staatsspitze, militärische Offensivaktionen gegen die abtrünnigen „Volksrepubliken“ vorzubereiten. Deshalb müsse Moskau deren Autonomie als unabhängige Staatsgebilde unbedingt anerkennen.

In einer offensichtlich schon lange vorbereiteten politischen Choreografie unterschrieb Putin mit den beiden Oberhäuptern der „Volksrepubliken“ ein Freundschafts- und Beistandsabkommen, das am nächsten Tage vom russischen Parlament einstimmig ratifiziert wurde. Unverzüglich ordnete der Präsident die Entsendung russischer Truppen ins Separatistengebiet an und erklärte diesen massiven militärischen Aufmarsch als

„Friedensmission“, um die mittlerweile schon mit russischen Pässen ausgestatteten Bevölkerung der „Volksrepubliken“ vor militärischen Aktionen von Seiten der Ukraine zu schützen. Mit dieser völkerrechtswidrigen Entscheidung setzte Putin einen Eskalationsmechanismus in Gang, bei dem noch nicht absehbar ist, wohin das Moskauer Drehbuch die Ukraine, Europa und die Welt noch führen wird.

Zwar wurden zunächst alle Gesprächskanäle offengehalten. Aber die Zeichen standen nicht mehr auf Diplomatie und Deeskalation. Die Entwicklungen der Tage hatten vielmehr gezeigt, dass Putin bei seinem Ritt auf der Rasierklinge des Kriegs in einer ganz eigenen Welt lebt und meint, sich nicht an die Regeln der internationalen Politik halten zu müssen. Statt durch Verhandlungen seine Interessen zu wahren, gibt sich der russische

Präsident bewusst unberechenbar und zieht es offenbar vor, mit einer perfiden Politik der Lüge, Täuschung und Missachtung ihm genehme politische Tatsachen zu schaffen. Dem Westen bleibt nur, den vorbereiteten Sanktionsmechanismus in Gang zu setzen, der kurzfristig den Kreml kaum von seinen Eroberungsplänen abbringen wird. Statt die Verständigung mit Moskau zu erreichen, wird es fortan darum gehen müssen, die russische Aggressionspolitik so weit wie möglich einzudämmen. Europa wird sich nicht nur wegen des möglicherweise ausbleibenden russischen Gases warm anziehen müssen. ●



Putin am 21.
Februar 2022
© picture
alliance/Asso-
ciated Press/
Fotograf: Mikhail
Klimentyev